

VORWORT



Extreme Wetterphänomene in der ganzen Welt, die Berichte des Weltklimarats der Vereinten Nationen (IPCC) und der Report von Sir Nicolas Stern sowie der Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“ des ehemaligen US-Vizepräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Al Gore haben den globalen Klimawandel in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Die Intensität von Überflutungen, Orkanen und Dürren sowie das rasante Abschmelzen von Gletschern zeigen, dass der Klimawandel im Gange ist.

Die deutsche Bundesregierung hat den Klimaschutz zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Bemühungen um den Klimaschutz in den Mittelpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und des deutschen Vorsitzes im Kreis der G8-Staaten gestellt.

Auf ihr Betreiben hin beschlossen die 27 Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel im März 2007 in Brüssel, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Beim Gipfeltreffen der G8-Staaten im vergangenen Juni in Heiligendamm einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf das Ziel, die globalen CO₂-Emissionen bis 2050 um die Hälfte zu verringern. Dies waren wichtige Signale im Vorfeld der Weltklimakonferenz im Dezember 2007 in Bali, wo die Zukunft der im Kyoto-Protokoll festgelegten Regelungen im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen wird.

Die Gefahren, die vom Klimawandel ausgehen, sind erkannt. Auch wenn es unter Wissenschaftlern noch vereinzelt Zweifel an den Ursachen der globalen Erderwärmung gibt, gelten die weltweiten Klimaveränderungen selbst inzwischen als eine Tatsache, der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf der ganzen Welt rasch durch wirkungsvolle Maßnahmen begegnen müssen. Es gilt als sicher, daß die durch den Klimawandel provozierten Veränderungen weitreichende Auswirkungen auf Stabilität und Sicherheit in vielen Regionen der Welt haben werden. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die Reduktion von Treibhausgasen im Rahmen einer aktiven Klimaschutzpolitik daher eine „moralische und wirtschaftliche Notwendigkeit“. Deutschland und die EU können und müssen eine Vorreiterrolle und eine Vorbildfunktion in der Welt einnehmen.

Zwar gehört die Klimaschutzpolitik nicht zu dem Kernaufgaben der Internationalen Arbeit Politischer Stiftungen. Da Klimaschutz und Energieversorgung jedoch zu den großen politischen Herausforderungen unserer Zeit zählen und in Zukunft erhebliche Auswirkungen auf das friedliche Zusammenleben der Menschen haben können, befasst sich die Konrad-Adenauer-Stiftung auch mit diesem Thema. Die Stiftung kann einen Beitrag dazu leisten, die politischen Eliten in den Einsatzländern für das Thema zu sensibilisieren und im Rahmen des politischen Dialogs Wege aufzuzeigen, wie nachhaltiger Umwelt- und Klimaschutz praktiziert werden können.

Beim vorliegenden „Klimareport International“ hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Bestandsaufnahme gemacht. Wir haben unsere Auslandsmitarbeiter in über 50 Ländern gefragt, wie der Klimawandel vor Ort wahrgenommen wird. Unser Ziel war es, einen Überblick über die Auswirkungen des Klimawandels und den Umgang mit dem Klimaschutz zu erstellen. An fünf Leitfragen konnten sich die Auslandsmitarbeiter der KAS dabei orientieren: Wie verläuft der Diskurs zum Klimawandel im Einsatzland? Welche folgen des Klimawandels werden als akute Probleme gesehen? Welche Reaktionen gab es auf den Bericht von Sir Nicolas Stern und auf den Bericht des IPCC? Wie geht die Politik mit der Problematik um? Wer sind die Akteure?

Keiner der Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung ist ausgewiesener Klimaexperte. Insofern sind die in diesem Report versammelten Beiträge keine klimatologisch fundierten Artikel über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels. Aber alle Auslandsmitarbeiter sind versierte Kenner des politischen Umfelds in ihren Einsatzländern. Jeder kann eine genaue Einschätzung darüber abgeben, welchen Stellenwert die Maßnahmen zum Klimaschutz jenseits der feierlichen Deklarationen im Rahmen internationaler Konferenzen im politischen Tagesgeschäft wirklich haben. Insofern dienen die einzelnen Länderberichte zur Information über die Wahrnehmung und die nationalen Befindlichkeiten in der Frage von Klimawandel und Klimaschutz.

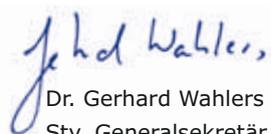
Das Ergebnis ist mitunter ernüchternd. Während der Klimawandel in Deutschland in den vergangenen Monaten die öffentliche Debatte beherrscht hat, stehen in zahlreichen Ländern im Bereich der Umweltpolitik die Lösung ganz konkreter Probleme wie der Versorgung mit sauberem Trinkwasser, der Gesundheitsrisiken durch Smog und Abgase sowie der geregelten Müllentsorgung auf der Tagesordnung. Gegenüber solchen drängenden, das alltägliche Leben und Überleben betreffenden Fragen erscheint die Minderung von Treibhausgasemissionen nachrangig.

Für zahlreiche Staaten scheint die eigene wirtschaftliche Entwicklung wichtiger zu sein als der Schutz des Weltklimas. Der wirtschaftliche Aufbau, die Verbreitung von Wohlstand und die Abfederung sozialer Verwerfungen überragen die Sorge um Klima- und Umweltschutz in der öffentlichen Wahrnehmung und letztlich im politischen Stellenwert. Im Grunde genommen sind es nur die west- und nordeuropäischen Nachbarn Deutschlands, die die klare Haltung der Bundesregierung im Bereich der Klimaschutzpolitik teilen. Selbst ein Land wie Spanien gehört zu den weltweit großen Klimasündern und überschreitet die im Kyoto-Protokoll zugestandenen Emissionswerte um über 35 Prozent.

Konsequenz für die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ist, daß wir stärker als bisher die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes in unseren Maßnahmen thematisieren und damit die internationale Klimaschutzpolitik der Bundesregierung flankierend unterstützen werden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt den Leser ein, die Klimaschutzpolitik einzelner Ländern besser kennenzulernen. Nach einem kurzen Einstieg in die Historie der internationalen Bemühungen um den Klimaschutz folgen – aufgeteilt nach Kontinenten und Regionen – die Berichte der Auslandsmitarbeiter. In einem ausführlichen Resümee werden die Erkenntnisse zusammengefaßt und Schlußfolgerungen gezogen.

Für die redaktionelle Betreuung dieser Studie danke ich besonders unseren Mitarbeitern Dr. Nino Galetti aus der Grundsatzabteilung der Internationalen Zusammenarbeit und Dr. Hartmut Grewe, Koordinator für Energie- und Umweltpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und aufschlußreiche Lektüre.



Dr. Gerhard Wahlers
Stv. Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung